



**VOLLES PROGRAMM  
FÜR MAGDEBURG.**

**ZEIT FÜR GRÜN.**



Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger,

seit 1989 hat unsere Stadt ihr Gesicht stark verändert. Magdeburg ist eine quirlige, bunte Stadt geworden, in der Bürgerinnen und Bürger mit verschiedensten Biografien und unterschiedlichsten kulturellen Erfahrungen zusammenleben – Frauen und Männer, Jung und Alt, Familien und Singles, Heterosexuelle und Homosexuelle, Menschen mit und Menschen ohne Behinderung, Punker und Opernfreunde, Tierschützer und Kleingärtner, Arbeitslose und Besserverdienende. Alle wollen und sollen sich in die Debatte darüber einmischen, wie unser Zusammenleben gestaltet werden soll und wie wir die vorhandenen Probleme gemeinsam lösen, ohne jemanden zurückzulassen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen in Magdeburg für Umwelt und Wirtschaft, für Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit, für Bürgerrechte und Freiheit.

Wir Magdeburger Bündnisgrünen haben uns intensiv mit den Problemen unserer Stadt befasst. Mit unserem Kommunalwahlprogramm für die Jahre 2009 bis 2014 legen wir unsere Lösungsvorschläge zur Diskussion vor – und zur Abstimmung am 7. Juni 2009. Fußend auf unseren langjährigen kommunalpolitischen Erfahrungen und unseren Gesprächen mit vielen BürgerInnen, Gruppen, Vereinen und Verbänden stellen wir den Weg vor, den wir mit Ihnen für unsere Stadt einschlagen wollen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Stadt,

- in der die EinwohnerInnen die Geschicke ihrer Kommune selbst bestimmen;
- in der eine moderne Stadtplanung die Aufenthalts- und Lebensqualität der Menschen in den Vordergrund rückt und Barrierefreiheit für alle durchsetzt; in der der öffentliche Verkehr benutzerfreundlich ausgebaut und zu bezahlbaren Tarifen angeboten wird;
- die leistungsfähig und nachhaltig wirtschaftet und ihren Beitrag zum Klimaschutz leistet; die ein bedeutender Hochschulstandort ist und in der es attraktive staatliche Schulangebote gibt;
- die allen, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht;
- die Ökologie und Ökonomie miteinander verbindet und in der Kultur und Medien eine tragende Rolle spielen;
- die ein weltoffenes Gemeinwesen ist, das sich seiner Geschichte bewusst ist und das auch aus seiner historischen Verantwortung heraus eine engagierte Verfechterin von Demokratie und Menschenrechten ist, und das Nulltoleranz gegenüber Rechtsextremisten und Neonazis zeigt.

Unser Wahlprogramm verkündet nicht letzte Wahrheiten. Es beschreibt Lösungsvorschläge und ist eine Einladung zum Mitmachen.

Mischen Sie sich ein! Sagen Sie Ihre Meinung! Arbeiten Sie mit!

Unterstützen Sie uns! Wir brauchen Ihr Engagement! Wir brauchen Ihre Stimme!

**Wählen Sie mit ihren 3 Stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN!**

---

**Inhaltsverzeichnis**

<b>1. UMWELT</b>	<b>5</b>
1.1 NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ	5
1.2 GEWÄSSERSCHUTZ	6
1.3 HOCHWASSERSCHUTZ	6
1.4 ABFALLVERMEIDUNG UND -ENTSORGUNG	6
1.5 LUFT & KLIMA	7
1.6 ENERGIE & KLIMASCHUTZ IN DER MODELLSTADT FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN	7
<b>2. STADTENTWICKLUNG UND VERKEHR</b>	<b>8</b>
2.1 STADTENTWICKLUNG	8
2.2 VERKEHR	10
<b>3. SOZIALES UND GESUNDHEIT</b>	<b>13</b>
3.1. SOZIALPLANUNG IST SOZIALE STADTPLANUNG	13
3.2 ALG II UND SOZIALHILFE	14
3.3 KOMMUNALE ARBEITSMARKTPOLITIK	14
3.4 SOZIALE BERATUNG	15
3.5 INTEGRATION	15
3.6 BARRIEREFREIHEIT	16
3.7 KOMMUNALE GESUNDHEITSPOLITIK	16
3.8 SUCHT UND GEWALT	16
<b>4. GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT: FRAUEN UND MÄNNER IN DER STADT</b>	<b>16</b>
<b>5. KINDER UND JUGENDLICHE</b>	<b>17</b>
<b>6. LEBEN IM ALTER</b>	<b>19</b>
<b>7. KOMMUNALER HAUSHALT UND FINANZEN</b>	<b>21</b>
<b>8. KOMMUNALE ARBEITS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK</b>	<b>21</b>
<b>9. KOMMUNALE DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG</b>	<b>22</b>
9.1 BETEILIGUNG	23
9.2 TRANSPARENZ UND GLAUBWÜRDIGKEIT	23
9.3 KOMMUNALES WAHLRECHT AB 16	24
9.4 VERWALTUNGSREFORM	24

---

<b>10. KONSEQUENT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS</b>	<b>24</b>
<hr/>	
<b>11. KOMMUNALE ORDNUNG UND SICHERHEIT</b>	<b>25</b>
<hr/>	
<b>12. BILDUNG</b>	<b>26</b>
<hr/>	
<b>13. KULTUR</b>	<b>27</b>
<hr/>	
13.1 KULTURSTADT MAGDEBURG	27
13.2 STADTTEILKULTUR	28
13.3 BAUKULTUR	28
13.4 JUGENDKULTUR	28
13.5 MEDIENSTADT MAGDEBURG	29
<hr/>	
<b>14. TIERSCHUTZ</b>	<b>29</b>

## 1. Umwelt

Magdeburg ist eine grüne Stadt. Natur lässt sich hier in vielfältiger Ausprägung direkt erfahren. Magdeburg ist reich an Straßenbäumen und innerstädtischen Parks und hat nicht nur durch die Lage an der Elbe einen einzigartigen Schatz zu bieten, den es zu bewahren und zu schützen gilt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die treibende Kraft beim Umwelt- und Naturschutz in Magdeburg. Wir haben verhindert, dass die Elbe ausgebaut und der Magdeburger Domfelsen abgefräst wird. Damit bleibt Sachsen-Anhalt und insbesondere Magdeburg ein wichtiges Stück Identität erhalten.

Eine intakte Umwelt ist zentrale Bedingung für Bestehen und Weiterentwicklung einer Gesellschaft. Daher sind wir alle zu ihrem Schutze verpflichtet. Diese Verpflichtung nehmen wir als Partei ernst und sehen uns als Anwältin für Umweltbelange. Dabei geht es uns einerseits darum, wertvolle Besonderheiten zu erhalten und uns der überholten Methode „Beton sichert Arbeitsplätze“ entgegen zu stellen. Andererseits sehen wir es als unsere Aufgabe, auch auf kommunaler Ebene Entwicklungen für eine zukunftsfähige Stadt in Gang zu setzen. Die städtische Politik ist da bislang nicht über zaghafte Ansätze hinaus gekommen.

Umweltpolitik ist daher für uns ein übergreifender Ansatz, der die Bereiche der Stadtentwicklung, der Wirtschaft etc. umfasst und durchdringt. Allein die Veränderung des Klimas zeigt, dass eine schlechte Umweltpolitik auch eine schlechte Wirtschaftspolitik ist.

### 1.1 Natur- und Landschaftsschutz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Erhalt und Entwicklung naturnaher Flächen als Lebensräume wildlebender Tiere und Pflanzen und als Erholungsraum für uns Menschen. Einen Schwerpunkt stellt für uns der Schutz des Baumbestandes in unserer Stadt dar. Daher fordern wir grundsätzlich mehr Rücksichtnahme auf wertvollen Baumbestand, insbesondere bei anstehenden Bauvorhaben.

#### Wir sind für:

- den Verzicht auf die Ausweisung weiterer Neubaugebiete am Stadtrand,
- mehr Transparenz durch rechtzeitige Information der Bürgerinnen und Bürger über bevorstehende Baumfällungen,
- die vollständige Sperrung des Stadtparks Rotehorn für Motorsport-Veranstaltungen,
- die Erhöhung des Flächenanteils an Naturschutzgebieten und die Ausweisung wertvoller Landschaftsteile als „geschützte Landschaftsbestandteile“ oder „Flächennaturdenkmale“,
- den Verzicht auf Anbau und Nutzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) auf den Flächen der Stadt Magdeburg,
- die Extensivpflege der Grünanlagen (Totholz, Naturwiesen, blühende Gewächse), da damit u.a. konkrete Maßnahmen zum Schutz der Bienen realisiert werden,
- eine Erhöhung der Mittel für den Stadtgartenbetrieb, damit eine stärkere Neuanpflanzung bzw. Ersatzpflanzung für bedrohte Straßen- und andere städtische Bäume möglich wird; städtische Gesellschaften sollen in ihren Zuständigkeitsbereichen stärker in die Pflicht genommen werden,
- den Verzicht auf Kiesabbau in der Elbaue,
- die Umsetzung der Biosphärenreservatsplanung „Flusslandschaft Elbe“ im Stadtgebiet,
- die Schaffung vernetzter Grünsysteme (z.B. Maybachstraße - Glacis - Klosterberggarten),
- den Verzicht auf eine weitere Elbquerung.

## **1.2 Gewässerschutz**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für den allseitigen Schutz der Gewässer ein. Insbesondere der Elbe, dem letzten nahezu frei fließenden Strom Europas mit seiner einzigartigen Pflanzen- und Tierwelt, gilt unser Augenmerk.

Wir treten für die weitere Verbesserung der Grundwasser- und Oberflächenwasserqualität ein. Außerdem müssen Oberflächengewässer als Lebens- und Naturräume wiederbelebt und verbessert werden.

### **Wir sind für:**

- die Verringerung der Flächenversiegelung im Stadtgebiet,
- den Erhalt des Domfelsens und gegen einen Ausbau der Elbe,
- die Erhöhung der Versickerungsrate,
- die Berücksichtigung der Grundwassergefährdung in der Elbaue,
- die stadtweite Einführung des Kanaltrennsystems von Regen- und Schmutzwasser,
- den besseren Schutz geschützter Landschaftsbestandteile vor baulichen Eingriffen,
- die extensive Nutzung und Verbreiterung des Uferstreifens kleinerer Fließgewässer (Sülze, Schrote, Klinker etc.) sowie die Renaturierung verbauter Bachabschnitte.

## **1.3 Hochwasserschutz**

In den besonders durch Hochwasser und hohen Grundwasserstand gefährdeten Gebieten des östlich der Elbe gelegenen Stadtgebietes muss die Siedlungspolitik den bekannten Gefahren Rechnung tragen. Wir unterstützen die Bemühungen um einen umfassenden Hochwasserschutz für Magdeburg im Rahmen dessen, was erforderlich ist. In der Alten Elbe muss ein Ausgleich zwischen Hochwasser- und Naturschutz erreicht werden. Wir treten für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ein.

### **Wir sind für:**

- den Stopp der Ausweisung zur Wohnnutzung in „Ostelbien“ und die planerische Unterbindung des „ungeplanten“ Neubaus von Wohnraum in diesen Gebieten,
- den stufenweisen Freizug der Überschwemmungsgebiete und den Rückbau der baulichen Anlagen, insbesondere der Wochenendhäuser; eine Abstimmung mit den umliegenden Kreisen ist hier erforderlich,
- den Ausbau bzw. die Schaffung eines Netzes von tragfähigen Deichzuwegungen zu deren Sicherung im Katastrophenfall,
- die dauerhafte Absicherung aller Maßnahmen des Hochwasserschutzprogramms „Ostelbien“.

## **1.4 Abfallvermeidung und -entsorgung**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konsequent auf Abfallvermeidung orientierte Abfallwirtschaft ein. Das Verbrennen von Gartenabfällen, das in der Vergangenheit zu starker Luftverschmutzung führte, wurde auf unsere Initiative hin beendet. Stattdessen werden den Garteneigentümern nun geordnete Entsorgungsmöglichkeiten angeboten. Und auch in anderen Bereichen der Abfallentsorgung gibt es noch Verbesserungsbedarf.

**Wir sind für:**

- die Einführung eines effektiven Holsystems für Wertstoffe; nur Glas soll in Wertstoff-Containern gesammelt werden,
- Müllvermeidung durch verstärkte Abfallberatung,
- ein umweltfreundliches Beschaffungswesen in der Verwaltung und in städtischen Unternehmen,
- die Schaffung einer höheren Akzeptanz der Biotonne durch mehr Aufklärung,
- die ausschließliche Verwendung von Mehrwegartikeln bei kommunalen Veranstaltungen.

**1.5 Luft & Klima**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Verbesserung der Magdeburger Luftqualität ein. Eine wichtige Rolle nimmt dabei die Reduzierung der Abgas- und Feinstaub-Emissionen ein. Durch den geplanten Ausbau der Straßen-Infrastruktur in der Innenstadt (Tunnel am Bahnhof) ist zu befürchten, dass die Belastung durch umwelt- und gesundheitsgefährdende Emissionen in den nächsten Jahren zunimmt. Dieser rückwärts gewandten Politik wollen wir mit wirksamen Maßnahmen entgegenreten.

**Wir sind für:**

- ein umfassendes Gebäudesanierungsprogramm für städtische Liegenschaften,
- die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes,
- die Gründung einer Stiftung Klimaschutz nach dem Vorbild der Pro-Klima-Stiftung in Hannover,
- Geschwindigkeits- und Verkehrsbeschränkungen für den motorisierten Individualverkehr,
- das Freihalten von Ackerflächen von Bebauung am Stadtrand als Kaltluftentstehungsgebiete,
- den Verzicht auf die Erweiterung des Verkehrslandeplatzes Magdeburg.

**1.6 Energie & Klimaschutz in der Modellstadt für erneuerbare Energien**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben im Magdeburger Stadtrat zahlreiche Initiativen gestartet, um unsere Stadt umwelt- und klimafreundlicher zu machen. Dazu gehört neben der Reduzierung von klimaschädlichen Treibhausgasen vor allem die Sicherung einer umweltfreundlichen, die natürlichen Ressourcen schonende Energieversorgung der Zukunft. Deshalb hat der Stadtrat auf Initiative unserer Fraktion den Beschluss gefasst, eine Modellstadt für die Nutzung erneuerbarer Energien zu werden. Für die Wahlperiode 2009-2014 streben wir eine massive Reduzierung des städtischen Netto-Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Vervielfachung des Anteils regenerativer Energien an der Strom- und Wärmeerzeugung an. Dabei setzen wir auf die Strategie der drei „E’s“ aus: Energie-Einsparung, Energie-Effizienz und Erneuerbare Energien.

**Wir sind für:**

- eine Magdeburger Solar-Satzung, die für alle Bauherren die Verpflichtung zur Nutzung Erneuerbare Energien bei Neu- und Umbauten vorsieht,
- den umfassenden Einsatz von Solaranlagen auf und an öffentlichen Gebäuden und bei öffentlichen Bauvorhaben,
- den Bezug von „Öko-Strom“ für alle kommunalen Einrichtungen,
- den Aufbau einer kommunalen Biogas-Anlage zur Verwertung von Garten- und Bio-Abfällen,
- ein für die Öffentlichkeit transparentes Energiemanagement für alle städtischen Gesellschaften und Gebäude, das auf maximale Energieeinspareffekte setzt,
- ein umfassendes Gebäudesanierungsprogramm für städtische Liegenschaften,

- den schrittweisen Austausch der städtischen Fahrzeugflotte durch energiesparende und emissionsarme Antriebe, z.B. Erdgas, Strom, Hybrid-Antriebe,
- den Aufbau von Eigenversorgungssystemen auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung zur Steigerung der Selbstversorgung,
- die Ausweitung des erfolgreichen Energiesparmodells „fifty-fifty“ auf weitere kommunale Einrichtungen,
- die Ausweitung des Angebotes an Erdgas-Tankstellen.

## **2. Stadtentwicklung und Verkehr**

### **2.1 Stadtentwicklung**

Magdeburg ist eine Stadt mit Geschichte und mit Zukunft. Für die Gestaltung dieser Zukunft wollen wir uns einsetzen und die Potenziale und Besonderheiten dieser Stadt stärken. Die Stadtentwicklung ist darauf auszurichten, dass sich alle Magdeburgerinnen und Magdeburger sowie ihre Gäste in der Stadt wohl fühlen. Eine verstärkte Verknüpfung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit sorgt für eine Stadt der kurzen Wege und steigert die Attraktivität Magdeburgs. Auf die Bedürfnisse von Kindern, Senioren sowie Menschen mit Behinderungen ist in besonderer Weise Rücksicht zu nehmen.

Übergeordnete Ziele sind für uns dabei die Ausrichtung kommunalen Handelns in den Bereichen Stadt- und Verkehrsentwicklung auf Nachhaltigkeit und die Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten an Planungsprozessen.

Weiterhin gilt es, im Rahmen der Stadt- und Verkehrsentwicklung über die Stadtgrenzen hinaus zu denken und eine Kooperation mit den Umlandgemeinden und Kreisen zu erreichen. Wenn diese Kooperation auf freiwilligem Wege nicht erreichbar ist, fordern wir eine landespolitische Einflussnahme bis hin zu Eingemeindungen.

Magdeburg wird auch in Zukunft – und noch stärker als bereits heute – von Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur (Demografie) betroffen sein. Mittelfristige Prognosen rechnen mit einer erheblichen Abnahme der Bevölkerungszahl und parallel dazu werden immer mehr Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt leben. Die langfristige Stadtentwicklung muss sich unter der Maxime „Agieren statt reagieren“ dieser Entwicklung auch weiterhin offensiv stellen. Auch wenn der Prozess schmerzhaft sein wird, fordern wir die Entwicklung eines langfristigen Leitbildes, das festlegt, welche Stadtgebiete weiter entwickelt und in welchen ein Rückbau betrieben werden muss.

#### **2.1.1 Unbesiedelte Bereiche**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Sicherung der Naherholungsgebiete im Magdeburger Stadtgebiet und im Umland ein. Dabei wollen wir vor allem vorhandene Grünverbindungen der Stadtteile mit dem Umland (z. B. Rad- und Fußwege entlang von Bachläufen) sichern und weitere Grünstreifen als Vernetzung schaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Zersiedlung der Landschaft stoppen, indem vor der Erschließung neuer Bauflächen brachliegende Flächen im Stadtgebiet Magdeburgs (z. B. Industriebrachen, Stadtumbaubrachen) genutzt werden. Es ist ökologisch und ökonomisch unsinnig, dass immer weniger Menschen immer mehr Flächen in Anspruch nehmen.

#### **2.1.2 Stadtteile**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Stärkung der Stadtquartiere („Kieze“) insbesondere der Stadt- und Ortsteilzentren und Großsiedlungen erreichen. Ein vielfältiges Angebot an Dienstleistungen,



Handels- und sozialen Einrichtungen soll unnötige Wege ersparen, Kommunikationsorte schaffen und die Identifikation der Stadtteilbewohner mit ihrem Quartier stärken. Zur Revitalisierung der Stadtteile im Südosten streben wir eine städtebauliche Aufwertung der alten Dorfkern an. Eine stärkere Verknüpfung der Funktionen für Wohnen, Arbeit, Einkauf und Freizeit ist uns besonders wichtig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bewohnerfreundliche Gestaltung des Wohnumfeldes ein, es soll zum Aufenthalt einladen und Anforderungen der unterschiedlichen Altersgruppen gerecht werden. Eine kinder- und familienfreundliche Planung soll dabei im Vordergrund stehen.

**Wir sind für:**

- die Schaffung und Unterstützung von Stadtteilmanagement und Bürgerbeteiligung,
- die Stärkung der Stadtteilzentren mit ihrem Mix aus kleinteiligem Handel, Gastronomie, Kultur, Dienstleistung und Wohnen,
- die Begrünung von Innenhöfen,
- ein öffentliches digitales Baumkataster,
- eine Prioritätenliste für Nachpflanzung von Straßen begleitendem Grün im Hauptstraßennetz,
- Fassaden- und Dachbegrünung,
- eine Begrünung von Baulücken, insbesondere in Altbaugebieten,
- Erhaltung von vorhandenen und Schaffung von neuen Spiel- und Freizeitanlagen für alle Altersgruppen,
- ökologische Kriterien wie z.B. energiesparende Bauweisen und Nutzung regenerativer Energien in Bebauungsplänen sowie Modellprojekten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Straßen in Wohngebieten nicht nur dem Verkehr dienen, sondern auch als Lebensraum und Begegnungsort zur Verfügung stehen.

**Wir sind für:**

- Tempo-30-Zonen in Wohngebieten durch Verkehrsraumgestaltung,
- eine Ausweisung von Spiel- und Fahrradstraßen,
- Erhalt bzw. Wiederherstellung und Aufwertung der gewachsenen dörflichen Strukturen in dörflich geprägten Ortsteilen.

**2.1.3 Stadtzentrum**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Attraktivität der Magdeburger Innenstadt steigern. Hierbei gilt es für uns, Magdeburg stärker als Hauptstadt und touristischen Anziehungspunkt zu entwickeln. Wir wenden uns gegen weitere Einkaufs-Center in der Innenstadt und den Ausbau der bestehenden.

Wir meinen, dass der Erlebnis- und Aufenthaltswert der Innenstadt um Breiten Weg und Alten Markt noch gesteigert werden könnte, wenn die fußläufige Verknüpfung der einzelnen Teilquartiere aufgewertet würde. Wir streben daher den im Verkehrskonzept der Stadt festgelegten Rückbau der Ernst-Reuter-Allee im Bereich des Breiten Weges zu einer Erschließungsstraße an. Im Gegenzug soll die dortige Kreuzung zu einem neuen Mittelpunkt Magdeburgs aufgewertet werden. Wir lehnen daher den Tunnel am Hauptbahnhof ab und erst recht dessen Verlängerung, da dieser noch mehr Durchgangsverkehr in die Innenstadt lenken würde.

**Wir sind für:**

- eine Verdichtung der Innenstadt mit kleinteiligen Strukturen für mehr Urbanität,
- eine Gestaltung der öffentlichen Plätze, die zum Aufenthalt einlädt,

- grüne Erholungsbereiche in der Innenstadt und straßenbegleitendes Grün,
- die Verringerung des motorisierten Durchgangsverkehrs zugunsten einer besseren Erreichbarkeit der Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer,
- die nächtliche Durchgängigkeit der vorhandenen Einkaufspassagen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass die Uferbereiche zur Elbe in den vergangenen Jahren erheblich aufgewertet und der Fluss als Stadtmittelpunkt erlebbar gemacht wurde. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Steigerung des Erlebnis- und Erholungswertes des westlichen Elbufers durch Gastronomie, Kultur- und Freizeitnutzungen, aber auch durch Wohnen z.B. im Bereich des Elbebahnhofs sowie die fußgänger- und fahrradfreundliche Verknüpfung des Elbufers mit der Innenstadt und den Stadtteilen sollen weiter verstärkt werden.

### **2.1.4 Stadtumbau**

Den Stadtumbau in Magdeburg mit seiner Reduzierung des Wohnungsbestandes durch Abbruch nicht mehr benötigten Wohnraumes wollen wir als Chance für den Strukturwandel nutzen. Dabei muss die Stadt nach sozialen, ökonomischen und ökologischen Kriterien umgestaltet werden. Damit soll auch den negativen Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs entgegengewirkt werden.

#### **Wir sind für:**

- Stadtumbau im Dialog von Planern, Eigentümern und Bewohnern,
- den Vorrang für eine Innenentwicklung der Stadt, d. h. die Nutzung von innerstädtischen Brachen und frei werdenden Flächen ist dem Bauen auf der „grünen Wiese“ vorzuziehen,
- die Sicherung einer effektiven Betreuung der zentralen Infrastruktur (z.B. Ver- und Entsorgung, Verkehrserschließung, soziale Infrastruktur) durch die Vermeidung eines stark zersiedelten Stadtgebietes,
- die stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange des Bauens, so z. B. Modellvorhaben bei Sanierungen und Neubauten sowie Vorbildfunktion der Stadt bei eigenen Bauvorhaben.

### **2.2 Verkehr**

Eine Stadt kann ohne ein gut ausgebautes und funktionierendes Verkehrssystem nicht leben. Gleichzeitig belastet der Verkehr die Bewohner aber auch durch Schadstoff- und Lärmemissionen, Zerschneidung und Gefährdung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen daher eine Verkehrspolitik, die einerseits ein gut ausgebautes Verkehrssystem gewährleistet, in dem alle Verkehrsmittel ihren Vorteilen entsprechend eingesetzt werden sollen und andererseits die Belastung durch Verkehr minimiert.

#### **2.2.1 ÖPNV – öffentlicher Personennahverkehr**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die benutzerfreundliche Entwicklung des ÖPNV ein. Unser Ziel dabei ist es, den ÖPNV als Alternative zum motorisierten Individualverkehr auszubauen – gemäß dem Motto „mobil ohne Auto“.

#### **Wir sind für:**

- die Förderung günstiger Tarife, insbesondere für Familien,
- die Schaffung eines Verkehrsverbundes in der Region Magdeburg (Bus, Tram, Regionalbus und Schienenpersonennahverkehr) mit einheitlichem Tarifsystem, abgestimmten Fahrplänen und Anschlussicherung auch zwischen verschiedenen Unternehmen,
- den Ausbau der ÖPNV-Anbindung öffentlicher Einrichtungen, Einkaufsstätten und sozialer Einrichtungen,

- die Verbesserung der Netzstruktur der Straßenbahn in der Innenstadt (Jakobstraße, Erzbergerstraße),
- den weiteren Ausbau der Haltestellen, Busse und Bahnen zur besseren Nutzbarkeit für behinderte und ältere Menschen,
- eine Überprüfung der Notwendigkeit einer zweiten Nord-Süd-Verbindung im Bereich zwischen der Innenstadt und Nordwest,
- eine verbesserte Anbindung von Sportgymnasium, Bördelandhalle und Stadion Magdeburg durch eine direkte Straßenbahnanbindung (via Käseglocke - Schwarzer Weg - Friedrich-Ebert-Straße),
- die Anbindung des Stadtteils Ottersleben an das Straßenbahnnetz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die zukünftige Stadtentwicklung Magdeburgs an den ÖPNV-Achsen orientieren. In diesem Sinne wollen wir die Entwicklung von kundenorientierten und verkehrsintensiven Einrichtungen in den Stadtrandbereichen ohne ausreichenden ÖPNV-Anschluss verhindern.

### **2.2.2 Eisenbahn**

Magdeburg ist ein wichtiger Eisenbahnknoten in Deutschland. Gleichzeitig hat die Anbindung Magdeburgs im Eisenbahnverkehr und der Zustand der Bahnhöfe eine unterschiedliche Entwicklung genommen. Während sich die Anbindung im Schienenpersonennahverkehr eher verbesserte, hat sich das Angebot im Fernverkehr erheblich verschlechtert. Auch weisen die Bahnhöfe z.T. einen veralteten und unansehnlichen baulichen Zustand auf. Gleichzeitig wächst aktuell die Belastung des Knotens Magdeburg im Güterverkehr. Auch wenn Bund und Land für die Gestaltung des Eisenbahnsystems verantwortlich sind, sollte die Stadt sich mit ihren Möglichkeiten für eine Verbesserung einsetzen.

#### **Wir sind für:**

- die Verbesserung der Anbindung im Fernverkehr (neben den bestehenden Verbindungen in Richtung Leipzig, Hannover, Bremen und Ruhrgebiet) mit Direktverbindungen auch in Richtung Berlin und Frankfurt,
- die Sanierung und bauliche Aufwertung aller Bahnhöfe im Magdeburger Stadtgebiet, u. a. für behindertengerechte Zugänge,
- die Aufwertung des Umfeldes dieser Bahnhöfe sowie die die Beräumung verwüsteter Flächen neben den Bahnstrecken,
- die zügige Umsetzung des im ÖPNV-Plan des Landes beschriebenen Regio-S-Bahn-Systems im Schienenpersonennahverkehr des Umlands von Magdeburg,
- die Verbesserung des Schallschutzes entlang der vom Güterverkehr besonders stark belasteten Strecken,
- die Prüfung, ob ein zusätzlicher Haltepunkt im Bereich Wolfsfelde/Lüttgen-Salbke zur Verbesserung der Infrastruktur in diesem Wohngebiet beiträgt.

### **2.2.3 Fahrradverkehr und Fußgängerverkehr**

Die Nutzung des Fahrrades erlebt aktuell in Magdeburg eine Renaissance. Neben der für die Stadt auch aus wirtschaftspolitischer Sicht enormen Zunahme des touristischen Radverkehrs auf dem Elberadweg steigt auch die Nutzung des Rades im Alltagsverkehr stetig an.

Während für den motorisierten Verkehr weiterhin massiv öffentliche Mittel bereitgestellt werden (Tunnel am Askanischen Platz und am Universitätsplatz, vorgesehener Tunnel am Hauptbahnhof) wird der Fahrradverkehr in Magdeburg trotz steigender Bedeutung nachlässig behandelt. Dabei ist das Fahrrad für viele Magdeburger, insbesondere für Kinder und Jugendliche, das Hauptverkehrsmittel. Diese haben

einen Anspruch auf Sicherheit und Mobilität und auf eine gleichberechtigte Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse. Das Fahrrad ist zudem preiswert, verursacht weder Lärm noch Abgase und benötigt nur einen Bruchteil der Parkfläche eines Autos.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb eine Verkehrspolitik durchsetzen, die das Fahrrad als alltägliches, dem Auto gleichgestelltes Verkehrsmittel begreift und eine Förderung des Radverkehrs auch zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs beinhaltet.

**Wir sind für:**

- eine konsequente strategische Planung und bauliche Umsetzung von Fahrradhaupttrouten, die eine lückenlose sichere und zügige Befahrung ermöglichen,
- die Verlängerung bzw. Verknüpfung dieser Routen mit den Orten im Umland,
- die Einrichtung von Fahrradstraßen mit dortigem Vorrang für Radfahrer, jedoch frei für Anlieger,
- eine bessere Trennung von Rad- und Fußwegen, insbesondere in Kreuzungsbereichen, zur Vermeidung von Konflikten zwischen Fußgängern und Radfahrern,
- eine umfassende Förderung des Fahrradtourismus in Magdeburg und im Umland als touristischen Wirtschaftsfaktor,
- für eine Satzung über die Pflicht zur Schaffung von Fahrradabstellplätzen,
- die Einhaltung der Empfehlungen zur Planung von Radwegen und nutzerfreundlicher Bauausführung,
- Fahrradstationen zum Ausleihen und Aufbewahren von Fahrrädern, Gepäck und Dienstleistungen rund um das Fahrrad an wichtigen öffentlichen Punkten, vor allem am Hauptbahnhof,
- Kampagnen der Stadt zur Unterstützung des Radverkehrs – insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsvorsorge,
- die personelle Ertüchtigung der städtischen Bauverwaltung zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen des Fuß- und Radverkehrs,
- eine fußgänger- und radfahrerfreundliche Gestaltung von Ampelphasen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Bedürfnisse von Fußgängern, insbesondere von behinderten und älteren Menschen, sowie Kindern und Jugendlichen aller Altersgruppen in der Verkehrsplanung Magdeburgs gleichberechtigt berücksichtigt werden. So müssen an vielbefahrenen Straßen mehr Querungshilfen und Fußgängerüberwege für die Sicherheit der Fußgänger sorgen. Dafür soll, wo es möglich ist, auf Ampelanlagen verzichtet werden.

**2.2.4 Autoverkehr**

Für die Stadtteile und insbesondere für die Innenstadt gilt, dass die Erreichbarkeit mit dem Auto gewährleistet werden soll, dass Auto jedoch dem ÖPNV und dem Radverkehr nachrangig zu betrachten ist und ein Durchgangsverkehr strikt zu unterbinden ist. Der Autofahrer ist mit Abstand der „stärkste“ Verkehrsteilnehmer. Um die Sicherheit und die Mobilität aller Magdeburger zu gewährleisten, ist Kraftfahrern eine besondere Rücksichtnahme auf die Schwächeren zuzumuten.

**Wir sind für:**

- die Ausweisung und Durchsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen, die konsequente Verfolgung und Ahndung unberechtigten Parkens auf Behindertenparkplätzen, Radwegen und Fußwegen,
- die Umwidmung der Ernst-Reuter-Allee in eine Erschließungsstraße gemäß beschlossenen Innenstadtkonzept,

- für ein flächendeckendes Parkraumbewirtschaftungskonzept im Stadtzentrum und in den Stadtteilzentren,
- für eine stärkere Berücksichtigung des Lärmschutzes bei der Planung von Verkehrsmaßnahmen. Dies schließt die Fahrbahnbreite und die Fahrbahnoberflächen ebenso ein, wie die Geschwindigkeitsbegrenzungen und baulichen Lärmschutz.
- eine Beschränkung des Aufwandes für den Straßenbau insbesondere für den Ausbau von Ausfall- und Durchgangsstraßen auf das notwendige Maß. Die Untertunnelung der Ernst-Reuter-Allee und der weiterführende vierspurige Ausbau inklusive einer Elbquerung haben immense Bau- und Unterhaltungskosten für die Stadt sowie ein erhöhtes Verkehrsaufkommen zur Folge; deshalb müssen diese geplanten Baumaßnahmen verhindert werden.
- die vorrangige Lenkung des Ost-West-Verkehrs in der Stadt über die Trasse B 1 und den Nordbrückenweg,
- die Weiterentwicklung des City-Logistik-Konzeptes, das den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene umlenken soll.

### **3. Soziales und Gesundheit**

Die Bürgerinnen und Bürger Magdeburgs haben einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung, wenn ihre Lebenssituation dies erfordert.

In Magdeburg sind derzeit rund 40.000 Menschen von ALG II, Sozialhilfe u. ä. abhängig.

Bedingt durch den demografischen Wandel (steigende Anzahl von Rentnern mit Minirenten wegen gebrochener Erwerbsbiografie) und der stetig zunehmenden Anzahl von Menschen in Mini-Jobs wird es zur weiteren Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen kommen. Dabei steigt die Anzahl von Menschen, die ihr Arbeitseinkommen mit ALG II ergänzen müssen.

Jedes dritte Kind in Magdeburg lebt in Armut.

Arme Kinder haben schlechtere Bildungschancen und somit kaum Aussicht auf Arbeit mit einem Einkommen, das das eigene Auskommen sichert.

#### **Wir sind für:**

- eine zukunftsfähige Grundausrichtung städtischer Sozialpolitik,
- den Entwurf eines Konzeptes zur Schaffung der „Sozialkommune Magdeburg“ mit allen gesellschaftlichen Kräften,
- Teilhabegerechtigkeit für alle Bewohnerinnen und Bewohner Magdeburgs.

Gefördert werden muss das bürgerschaftliche Engagement als Kernressource des Zusammenlebens in der Kommune.

#### **3.1 Sozialplanung ist soziale Stadtplanung**

Derzeit beschäftigt sich die Sozialplanung vornehmlich mit dem Klein-Klein sozialer Infrastruktur. Diese Symbolpolitik muss durch eine finanziell untersetzte Konzeption abgelöst werden.

Verantwortungsvolle Sozialplanung als Teil der Stadtplanung muss mit der „klassischen Stadtplanung“ in enger Verzahnung zusammenwirken. Ziel muss die konzertierte Planung zur Vermeidung sozialer Brennpunkte sein. Dieser neue Planungsansatz ist nur kooperativ möglich (Kommune, bürgerschaftliches Engagement, Träger, Wirtschaft).

**Wir sind für:**

- eine Armutsstrategie, eine partizipatorische Altenplanung und ein Integrationsmanagement als Schwerpunkt kommunaler Sozialpolitik; hierzu sind die Sozialraumorientierung der städtischen Dienste und die Vernetzung mit freien Diensten und den Wohnungsunternehmen notwendig,
- den systematischen Aufbau von ehrenamtlichen Helferkreisen (stadtteilbezogen) und die Sozialmarktsteuerung (in Abstimmung mit Wohlfahrtsverbänden, Wohnungswirtschaft und Pflegewirtschaft),
- generationsübergreifende Kommunikations-, Kompetenz- und Beratungseinrichtungen als Dreh- und Angelpunkt einer kommunalen Sozialstruktur,
- die Entwicklung, Einbindung und systematische Förderung niedrigschwelliger Angebote wie Bürgertreffs (z.B. Lebensmittel).

Hierzu müssen bei der Stadt dringend Kompetenzen entwickelt werden.

**3.2 ALG II und Sozialhilfe**

ALG II und Sozialhilfe sollen beim Aufbau eines eigenständigen Unterhaltes helfen. Es darf sich daher in keinem Fall nur um eine finanzielle Unterstützung handeln. Notwendig ist die im Gesetz geforderte Förderung von Bezieherinnen und Beziehern. Der Mensch mit Anspruch auf Unterstützung und Förderung muss im Mittelpunkt stehen.

Ansprüche und Förderungen müssen nachvollziehbar sein. Bürgerinnen und Bürger müssen sich unabhängig von Leistungsanbietern über ihre Ansprüche informieren können.

**Wir sind für:**

- eine unabhängige ALG II- und Sozialhilfeberatungsstelle,
- einen kommunalen ALG II- und Sozialhilfeleitfaden,
- einen Magdeburg-Pass, der seinen Namen auch verdient; dieser ist als Angebot für vergünstigten Eintritt in Sport- und Kultureinrichtungen sowie zum Erwerb eines vergünstigten MVB-Sozialtickets auszubauen und zum zentralen Instrument der Teilhabegerechtigkeit weiterzuentwickeln,
- einen ausreichenden Personalschlüssel,
- den Ausbau des Fallmanagements.

Um eine qualifizierte Beratung zu gewährleisten, ist es notwendig, besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialbereichs nicht nur in rechtlichen, sondern auch in wirtschaftlichen und psychosozialen Fragen regelmäßig fortzubilden.

**3.3 Kommunale Arbeitsmarktpolitik**

Ziel der kommunalen Arbeitsmarktpolitik muss die enge Verzahnung mit der Wirtschaftsförderung sein. Nur so können Menschen in den ersten Arbeitsmarkt wieder integriert werden. Dazu ist die kommunale Arbeitsmarktförderung der Wirtschaftsförderung zuzuordnen und nicht wie bisher der Sozialhilfe.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass jedem arbeitsfähigen Empfänger von Sozialleistungen der ARGE bzw. des Sozialamtes im Rahmen des Erstantrages ein gemeinnütziges Arbeitsangebot unterbreitet wird.

Bei den Angeboten der Bildungs- und Beschäftigungsträger darf es nicht nur um Beschäftigung oder gar Abschreckung gehen. Die Förderung muss in sinnvollen Qualifizierungsmaßnahmen bestehen. Hier muss die Kommune mit ihren Zusatzförderungen beispielhaft sein. Neben der fundierten Qualifikation

geht es auch um eine soziale Betreuung, die durch Fachkräfte gewährleistet werden soll. Ziel ist, Langzeitarbeitslosigkeit und ihre sozialen Belastungen zu überwinden.

Die kommunalen Beschäftigungsgesellschaften sind vom direkten politischen Einfluss zu lösen und in freie Trägerschaft zu überführen. Auch die Kammern müssen mehr Verantwortung in der Qualifizierung von Menschen für den Arbeitsmarkt übernehmen.

### **3.4 Soziale Beratung**

Beratungs- und Hilfemöglichkeiten müssen Bürgerinnen und Bürgern auch im psychosozialen Bereich weiterhin geboten werden.

#### **Wir sind für:**

- die konzeptionelle Fortentwicklung der bestehenden Sozialdienste zu Bürgerdiensten mit einem konsequenten Qualitätsmanagement,
- einen Vorrang der freien Träger im Beratungsbereich und Absicherung durch mehrjährige Leistungsverträge.

Bei der Hilfe zur Erziehung darf es keine Einschränkungen geben. Krisen in Familien finden nicht nur zu Dienstzeiten der Ämter statt. Unser Ziel ist es, kostenintensive Heimerziehung zu vermeiden. Familien, die Kinder zur Pflege nehmen, sind besonders zu würdigen und zu unterstützen.

#### **Wir sind für:**

- eine Verbesserung der schlechten räumlichen und personellen Situation insbesondere der kommunalen Familienhilfe als einem wesentlichen Bestandteil des Sicherungssystems im Bereich Kindeswohlgefährdung,
- einen 24-Stunden-Kriseninterventionsdienst zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdung im Verbund der Kommune mit freien Trägern,
- die verbesserte Unterstützung von Familien, die Kinder zur Pflege nehmen.

### **3.5 Integration**

Toleranz schafft die Grundlage für eine lebenswerte Gesellschaft. Integration muss auch den Gruppen ermöglicht werden, die keine Lobby haben. Neu-Magdeburgerinnen und Neu-Magdeburger ausländischer Herkunft muss dasselbe städtische Interesse gelten wie allen anderen Menschen in unserer Stadt.

#### **Wir sind für:**

- eine Umsetzung des kommunalen Integrationskonzeptes, um die Integration von Menschen ausländischer Herkunft zu verbessern; Ziel ist auch die Beschäftigung von Menschen nicht-deutscher Herkunft in der Stadtverwaltung,
- die Bestellung eines/einer hauptamtlichen Ausländerbeauftragten,
- den Umbau des Ausländerbeirates in einen Integrationsbeirat,
- Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Stadtverwaltung mit Fremdsprachenkenntnissen, insbesondere im Einwohnermeldeamt und in der Ausländerbehörde.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen in Magdeburg in allen Lebensbereichen ein.

### **3.6 Barrierefreiheit**

Menschen mit Behinderungen müssen dieselben Zugangsmöglichkeiten zum gesellschaftlichen Leben eingeräumt werden wie allen anderen auch. Wir fordern eine umfassende Barrierefreiheit. Dies nutzt nicht nur gehbehinderten Menschen, sondern allen Menschen, insbesondere Familien mit Kleinstkindern und älteren Menschen.

Insbesondere die barrierefreie Ausgestaltung touristischer Anlagen muss im Blick bleiben. Wir sehen in der umfassenden barrierefreien Erreichbarkeit der touristischen Angebote eine bundesweite Profilierungsmöglichkeit Magdeburgs. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Magdeburg eine Vorreiterrolle in diesem Bereich übernimmt.

### **3.7 Kommunale Gesundheitspolitik**

Kommunale Gesundheitspolitik hat neben der Organisation und Koordination der Bereitstellung einer medizinischen Grundversorgung den Bereich der gesundheitlichen Prävention und Beratung zu fördern. Diesem Anspruch wird die Stadt angesichts des Defizits an Ärzten, insbesondere an Fachärzten, nicht gerecht. In Kooperation mit den Kammern und der Wirtschaftsförderung müssen Lösungen angestrebt werden, die die Stadt Magdeburg für die Gründung von Praxen attraktiv machen.

Das Gesunde-Städte-Netzwerk hat bewiesen, dass die Organisatoren auch mit wenig Mitteln viele gute Präventionsprojekte initiieren konnten. Das Netzwerk ist zu unterstützen, um der Prävention einen neuen Stellenwert in der Stadt zu geben.

Für das Gebäude des Gesundheitsamtes ist ein langfristiges Nutzungs- und Sanierungskonzept zu entwickeln, das ein Angebot vernetzter Gesundheitsdienstleistungen vorsieht. Dies kann in enger Kooperation zwischen Kommune und privaten Anbietern erfolgen.

### **3.8 Sucht und Gewalt**

Angesichts des zunehmenden Drogenkonsums, vor allem von Alkohol, und einer resignierenden Gesellschaft müssen präventive Maßnahmen verstärkt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konnten den Einsatz eines Suchtstreetworkers durchsetzen. Nun müssen weitere aufsuchende Präventiv- und Vermittlungsangebote folgen. Die Unterstützung bei Folgeproblemen wie Arbeitslosigkeit, Familienproblemen und Obdachlosigkeit muss in Zusammenarbeit mit sozialen Beratungsstellen gewährleistet werden.

Der Gewalt im "sozialen Nahraum" der Familie ist durch geeignete Maßnahmen (z. B. zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdung) und Beratungsangebote zu begegnen.

## **4. Geschlechtergerechtigkeit: Frauen und Männer in der Stadt**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ein. Trotz gesetzlicher Verbesserungen, wie Gleichstellungs-, Teilzeit- und Elternzeitgesetz, sind Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit noch nicht verwirklicht. Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit noch immer bis zu 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die Hälfte der Führungspositionen für Frauen muss auf der politischen Agenda stehen und endlich realisiert werden.

#### **Wir sind für:**

- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit,
- den Ansatz, Existenzgründerprogramme nicht einseitig auf von Männern bevorzugte Bereiche auszurichten,



- eine stärkere Berücksichtigung der von Frauen favorisierten Unternehmenstypen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt eine wichtige Rolle auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit. Nur eine an den Lebensrealitäten beider Geschlechter orientierte Gesellschaft garantiert Frauen und Männern sowohl im Beruf als auch im Privatleben mehr Entscheidungsfreiheit für die eigene Existenz sichernde Lebensgestaltung.

#### **Wir sind für:**

- die Erweiterung bestehender Kinderbetreuungsangebote und die bessere Anpassung der Betreuungszeiten an die flexiblen Arbeitszeiten,
- die Förderung teilzeitfähiger Stellen auch in Führungspositionen,
- die Weiterentwicklung und Umsetzung der Konzepte für eine emanzipatorische Mädchen- und Jungenarbeit, um die klassische Rollenzuweisung der Geschlechter nicht weiter zu zementieren,
- die stärkere Förderung von Frauen, die nach der Familienpause ins Berufsleben zurückkehren wollen.

Noch immer brauchen Frauen einen besonderen Schutz vor Gewalt aller Art. Gewalt gegen Frauen geschieht meist innerhalb der Familie. Mit dem neuen Gewaltschutzgesetz der Bundesregierung ist es möglich, dass die Frau mit den Kindern in der gemeinsamen Wohnung bleiben kann und dem gewalttätigen Lebenspartner der Zutritt verwehrt wird. Trotzdem wird es Frauen geben, die den Schutz des Frauenhauses vorziehen.

#### **Wir sind für:**

- die finanzielle Unterstützung des Magdeburger Frauenhauses und von Beratungsstellen,
- eine solide und verlässlich Finanzierung erfolgreicher Projekte, wie z. B. Mädchentreffs, der Frauennotruf und des „Girls-Day“,
- die Unterstützung von Initiativen zur Gewaltprävention,
- die Förderung und finanzielle Unterstützung von Gewaltschutzkonzepten,
- die beratende Hinzuziehung von Fachfrauen zur kommunalen Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes.

Bei der Integration von Migrantinnen und Migranten ist darauf zu achten, dass entsprechende Angebote besonders die Frauen erreichen. Migrantinnen sind oft dreifach benachteiligt: als Frau, als Migrantin und als Arbeitnehmerin. Aber: Ohne spezifische Integrationsmöglichkeiten für Frauen ist die Integration der Familien nicht denkbar.

#### **Wir sind dafür,**

- dass Migrantinnen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, über einen angemessenen Zeitraum die Möglichkeit bekommen, die deutsche Sprache zu lernen,
- dass Projekte ausgebaut werden, die gezielt junge Migrantinnen in Berufe integrieren sollen.

## **5. Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Stadt. Ihr Wohl und ihre Bildung müssen der Gesellschaft besonders am Herzen liegen. Das sollte in der Politik deutlich werden. Kinder brauchen Raum, um sich ungefährdet und angstfrei zu bewegen und ihre Stadt für sich zu erobern. Auf ihre Bedürfnisse ist deshalb bei der Gestaltung öffentlicher Räume besonders zu achten. Die Verkehrsplanung hat auf Kinder stärker als bislang Rücksicht zu nehmen. Auf Grünflächen und Anlagen, insbesondere auf Spielplätzen, sollte das Hinterlassen von Hundekot stärker kontrolliert und bestraft werden.

**Wir sind für:**

- die Errichtung ortsnaher Spielplätze und den Ausgleich des Spielplatzdefizits in einzelnen Ortsteilen; wichtig ist dabei besonders, Kinder und Eltern bei der Planung dieser Spielplätze einzubeziehen,
- die Wahl der Kinderbeauftragten - auf Zeit gewählt - als weitgehend unabhängige, nicht weisungsgebundene(r) Ombudsfrau/Ombudsmann,

Leider ist auch das Thema Kinderarmut in Magdeburg aktuell. Jedes dritte Kind in Magdeburg lebt in Armut. Zwischen 8000 und 9000 Kinder sind abhängig von Hartz IV. Im Kapitel „Soziales und Gesundheit“ setzen wir uns damit verstärkt auseinander.

**Wir sind für:**

- einen subventionierten Essenspreis in Schulen und Kindertagesstätten auf den von Hartz IV vorgesehenen Preis,
- eine Familienkonferenz, die ihren Fokus auf einkommensschwache Familien und auf Kinder mit Förderbedarf richtet; allen Familien soll die Teilnahme an Sport, Kultur und Bildung möglich sein;
- Kindereinrichtungen mit innovativen Konzepten (z.B. zweisprachige Konzepte, sozial-ökologische und integrative Ansätze); die Sozialplanung soll nur noch den Rahmen der geförderten Kita-Plätze im Sozialraum festschreiben und die Ausfüllung der Angebote den Trägern überlassen; den Eltern soll im Rahmen von Betreuungsgutscheinen eine zentrale Einflussnahme auf das Angebot an die Hand gegeben werden; die Vergabe der Betreuungsplätze muss für die Eltern durchschaubar sein,
- flexible Betreuungszeiten in einzelnen Kindereinrichtungen,
- ausreichende und ortsnaher Plätze in den Einrichtungen; das Prinzip „kurze Wege für kurze Beine“ muss aufrechterhalten werden.

Die Kindertagesstätten der Landeshauptstadt Magdeburg sind häufig noch immer in einem schlechten baulichen Zustand. Die Gelder für die jährliche Instandsetzung können oft nicht einmal den fortschreitenden Verfall aufhalten. Dies führt vor allem im Sanitär- und Sicherheitsbereich zu Defiziten. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen hier drastische Haushaltsmittelverlagerungen aus dem Straßenbau stattfinden, um die Sanierung der Kindertagesstätten voranzutreiben.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden wird, sondern mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam Lösungen gesucht werden. So sollte beispielsweise bei geplanten Projekten die Kindersicht verstärkt beachten werden. Den Jugendlichen soll die Partizipation zur Ausgestaltung der Jugendarbeit ermöglicht werden. Die Öffnungszeiten der Jugendfreizeiteinrichtungen sind den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anzupassen. Besonders gilt das für Wochenenden und Feiertage. Die Angebote müssen sich an deren Interessen orientieren. Die Verwaltung hat sich zugunsten freier Träger mit Angeboten zurückzuziehen.

Eigeninitiativen, wo vorhanden, sind zu unterstützen (Mobile Jugendarbeit) und flächendeckend zu fördern. Selbstverwaltete Einrichtungen und Jugendtreffpunkte mit sozialpädagogischer Unterstützung haben Vorrang vor großen, teuren Einrichtungen. Nicht alle Spiel- und Lebensbereiche müssen reglementiert werden. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt das: Flächen zur Selbstgestaltung müssen zur Verfügung gestellt werden.

Geschlechtsspezifische Ansätze in der Jugendarbeit sind verstärkt umzusetzen.

Sozialpädagogische Betreuung muss, wo notwendig, qualifiziert sein und Anstöße zur Selbstinitiative geben. Der Einsatz von nicht qualifizierten Mitarbeitern im sozialen Bereich ist kein adäquater Ersatz für ausgebildetes Fachpersonal.

Jugendliche brauchen Berufs- und Lebensperspektiven in unserer Stadt. Möglichkeiten für Berufserfahrung zu schaffen, muss oberstes Ziel städtischer Politik sein. Jugendliche müssen durch geeignete Angebote an eine Ausbildung herangeführt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den demokratischen Ausbau und die regelmäßige Durchführung des Kinder- und Jugendstadtrates ein. Die Delegation dazu sollte aus Stadtteiljugendforen erfolgen.

## **6. Leben im Alter**

Die Situation der älteren Menschen hat sich in den letzten Jahren in vielfacher Weise verändert. Die Menschen werden älter, sie sind länger gesund, gestalten aktiv ihr Leben, leisten einen erheblichen finanziellen und praktischen Unterstützungsbeitrag für ihre Familien und engagieren sich für andere. Noch keine Generation der „Alten“ ist so aktiv, so fit und mobil gewesen und hatte einen derart großen und weiter wachsenden Anteil an der Gesamtbevölkerung.

In Folge des demografischen Wandels stehen immer weniger junge Menschen einer wachsenden älteren Bevölkerungsgruppe gegenüber. Für den Umgang mit diesen gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen liegen in den Industrieländern keinerlei Erfahrungen vor. Die Veränderungen betreffen viele Lebensbereiche der Menschen selbst, wie Wohnen, Mobilität, Gesundheit, Krankheit und Pflege aber nicht zuletzt auch den öffentlichen Bereich wie Stadtplanung, Verkehr (ÖPNV, aber auch Fahrradwege und -stellplätze). Diese Veränderungen verträglich zu gestalten, gelingt nur, wenn alle Altersgruppen Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft übernehmen und miteinander darüber im Gespräch bleiben. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bedarf politischer Rahmenbedingungen und darf nicht auf die Probleme der Renten- und Pflegekassen reduziert werden.

Mit ihren Lebens- und beruflichen Erfahrungen bei gewohnter Selbstständigkeit und einem hohen Maß an Selbstbewusstsein sind älter werdende Menschen eine Bereicherung für die Gesellschaft. Sie sind häufig an neuen Perspektiven in einem selbstbestimmten Leben interessiert und verstehen sich als aktive Mitglieder der Gesellschaft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die praktizierte Solidarität zwischen den Generationen für einen unverzichtbaren Baustein unserer Gesellschaft. Kommunale Familien-, Kinder- und Jugendpolitik mit einer modernen kommunalen Seniorenpolitik zu verknüpfen, steigert die Lebensqualität in unserer Stadt und bietet neue Möglichkeiten, die mit dem demografischen Wandel verbundenen Anforderungen zu bewältigen. Deshalb ist es wichtig, alle Formen der Begegnung und des Dialogs zwischen den Generationen zu fördern, z.B. Mehrgenerationenhäuser sowie auch neue Solidaritätsbeziehungen zu entwickeln.

Lange Eigenständigkeit reduziert das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Deshalb sollen Bedingungen gefördert werden, die ein möglichst langes autonomes, selbständiges sinnstiftendes Leben möglich machen. Dies heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, soziale Kontakte, Bewegung und Mobilität, nachbarschaftliche Hilfen, Freiwilligenengagement.

Gesellschaftliches Engagement sowie das Finden oder Einbringen von neuen Betätigungsfeldern braucht oft Organisation und Beratung.

### **Wir sind für:**

- öffentlichkeitsnahe Beratungsstrukturen, damit ältere Menschen sich informieren können, welche für sie jeweils angemessenen Angebote es gibt und welche Aktivitäten für sie in Frage kommen.

- die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und Anlaufstellen, wie der Alten- und Servicezentren, der Seniorenvertretung, dem Seniorenbeauftragten und -beirat der Stadt sowie der Freiwilligenagentur, um den veränderten Anforderungen besser gerecht zu werden.

Ein wichtiger Gesichtspunkt eines möglichst langen Verbleibens der älteren Generation in der eigenen Wohnung sind die allgemein übliche altersübergreifende Quartiersbelegung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden darauf hinwirken, dass das derzeit als Modellprojekt erprobte Konzept des persönlichen Budgets für alle berechtigten Personen möglich wird.

Dies sollte Bestandteil von Konzepten nachbarschaftlicher Hilfe sein, setzt jedoch gute ambulante Strukturen voraus. Seniorengerechte Strukturen sind auch ein wirksames Mittel gegen Altersarmut.

#### **Wir sind für:**

- die Stärkung der notwendigen Strukturen, um einen möglichst langen Verbleib alter Menschen in der eigenen Wohnung zu ermöglichen,
- Ausbau und Erprobung neuer Formen des Wohnens im Alter,
- die Entwicklung von Strukturen, um Schwellenängste vor anderen Wohnformen zu senken, wie Haus- und Wohngemeinschaften, der ggf. damit verbundene Wechsel in kleinere, barrierefreie Wohnungen, Wohngruppen, generationenübergreifende Projekte, vielfältige Service- und Pflegeangebote,
- den Ausbau der mit der Pflegereform beschlossenen Pflegestützpunkte zu „Quartierstützpunkten“,
- die wirksame Entlastung pflegender Angehöriger.

Bei allen Bemühungen im ambulanten Bereich haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch ein verstärktes Augenmerk auf die Qualität von stationären Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen. Hier haben die Fehler der Vergangenheit gezeigt, dass diese besser an die veränderten Anforderungen der von umfassender Pflege abhängigen alten Menschen angepasst werden müssen. Die Stadt muss mit dafür sorgen, dass es sowohl stationäre wie ambulante Einrichtungen in ausreichendem Umfang und guter Qualität gibt. Die medizinische und ärztliche Versorgung in Einrichtungen ist dringend zu verbessern, zum Beispiel über die stärkere Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten oder über die Einstellung von Heilmäntinnen und -ärzten.

Vor allem für ältere Migrantinnen und Migranten müssen in Kooperation mit dem Ausländerbeirat der besondere Bedarf dieser Personen geklärt und notwendige Hilfestrukturen entwickelt und unterstützt werden.

Kranke und behinderte Menschen dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft abgeschoben werden. Die Stadt muss weiterhin durch verschiedene Unterstützungsleistungen dazu beitragen, dass jene Menschen größere Chancen für eine Teilhabe erhalten, die durch Krankheit oder Behinderung, durch ein Leben am Rande der Gesellschaft von einem selbstbestimmten Leben in dieser Stadt ausgeschlossen sind oder dieses nur beschränkt realisieren können.

#### **Wir sind für:**

- die Schaffung von barrierefreien Zugängen zu allen öffentlichen Räumen,
- die Verbesserung der Mobilitätsbedingungen im öffentlichen Personennahverkehr,
- verbesserte Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung z.B. durch das Absenken von Bordsteinen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden darauf hinwirken, dass alle berechtigten Personen bzw. deren Angehörige über das erfolgreich erprobte Konzept des Persönlichen Budgets und die damit verbundenen Möglichkeiten umfassend informiert werden und bei Bedarf von ihrem Anspruchsrecht Gebrauch machen können.

## 7. Kommunalen Haushalt und Finanzen

*„Stadt gestalten statt Stadt verwalten“*

Unsere Stadt als Landeshauptstadt und regionales Oberzentrum ist nach wie vor in hohem Maße verschuldet. Das bislang beschlossene Konsolidierungsprogramm behindert die politische Gestaltung fast aller Lebensbereiche.

Unsere Forderungen und Ziele für eine finanzierbare und transparente Haushaltsführung:

- Das wirtschaftliche Grundprinzip einer doppelten Buchführung (Doppik) ist in der Stadtverwaltung schnellstmöglich und umfassend einzuführen. Alle Aktivitäten sind hinsichtlich Aufwand und Ergebnis zu prüfen. Dabei sind auch die Folgekosten mit einzubeziehen.
- Die so genannte Prioritätenliste der Investitionen des Rates im Bereich des Vermögenshaushaltes muss endlich ihrem Namen gerecht werden. Die konsequente Festschreibung der Prioritätenfolge ist höchste politische Entscheidungsebene.
- Die verlässliche finanzielle Ausstattung Freier Träger in allen Bereichen der Daseinsvorsorge muss gesichert sein.
- Die städtischen Einnahmemöglichkeiten sind zu optimieren. Unmäßige Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sind zu vermeiden.
- Der Oberbürgermeister muss die Arbeitsabläufe in seiner Verwaltung durchgehend optimieren und dafür Sorge tragen, dass nur der Aufwand betrieben wird, der zur Erfüllung einer Aufgabe unbedingt erforderlich ist.
- Stadtrat und Oberbürgermeister sind stets zu strikter Sparsamkeit verpflichtet.

Vor Verkauf städtischen Eigentums ist der Nachweis zu führen, dass es hierdurch nicht zu negativen Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung der Stadt kommt.

Wir sind für den Erhalt einer leistungsfähigen städtischen Wohnungsbaugesellschaft zur Sicherstellung einer sozial ausgewogenen Wohnungsversorgung.

## 8. Kommunale Arbeit- und Wirtschaftspolitik

Bündnisgrüne Arbeits- und Wirtschaftspolitik zielt in erster Linie auf die Schaffung weiterer neuer und nachhaltiger Arbeitsplätze.

Auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Stadtrat beschlossen, Magdeburg als Modellstadt für erneuerbare Energien zu entwickeln. Mit der Durchsetzung des Beschlusses ist die Basis für die Etablierung des Gesamtsegments Erneuerbare Energie gegeben.

In den jeweiligen Bereichen Forschung-Herstellung-Verbrauch des Gesamtsegments Erneuerbare Energien, soll der Schwerpunkt der Arbeit liegen.

### Wir sind für:

- die Profilierung Magdeburgs als Universitäts-, Hochschul- und Forschungsstadt und eine noch stärkere Vernetzung der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal, sowie beider Einrichtungen mit den allgemein- und berufsbildenden Schulen und den

- Forschungseinrichtungen und Unternehmen; hierzu soll die kommunale Wirtschaftsförderung gezielte Beiträge leisten,
- kommunale Serviceleistungen für alle Investoren in gleicher Weise; kommunale Ämter müssen sich als Dienstleister für Gewerbetreibende und nicht als Selbstzweck verstehen,
  - den Aufbau eines Beratungs- und „Begleit“-Services für Existenzneugründungen und Unternehmensübergänge zur Schaffung neuer, innovativer Arbeitsplätze; dabei ist von Frauen betriebenen Unternehmen besondere Aufmerksamkeit zuzukommen,
  - den verstärkten Aufbau von Public-Privat-Partnership-Projekten (öffentliche und private Gemeinschaftsprojekte), um das „Know-how“ und die finanziellen Kräfte der privaten Akteure bei städtebaulichen Projekten zu nutzen,
  - die Unterstützung der Interessen kleiner und mittlerer Händler mit regionalem Angebot im Verdrängungswettbewerb internationaler Ketten,
  - die Sicherung der vorrangigen Auftragsvergabe an regionale Unternehmen,
  - die Verhinderung der Ausweitung von Einkaufsgroßcentern, insbesondere im Außenbereich und den Stadtteilzentren; innenstadtrelevante Warenangebote auf der grünen Wiese müssen zurückgedrängt werden; weitere Erweiterungen großer Einkaufszentren im Innenstadtbereich gefährden andere Innenstadtstandorte, Investitionen von Händlern und Immobilienbesitzern und eine lebenswerte Innenstadt,
  - die Verbesserung der Zahlungsmoral der Kommune als Auftraggeber; die Unternehmen sollen ihr Geld prompt nach der Auftragserfüllung bekommen,
  - eine stärkere Rolle der Kommune bei der aktiven Verhinderung von Schwarzarbeit; wir wollen, dass die Stadt dieser Pflicht im Rahmen ihrer Kompetenzen intensiver nachkommt,
  - den Ausbau der kommunalen Beratung und Unterstützung in Not geratener kleiner und mittelständischer Unternehmen,
  - die Zusammenarbeit mit benachbarten Gemeinden und Landkreisen zwecks gemeinsamer Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung,
  - die Unterstützung von Wirtschaftsinitiativen, die eine Stärkung der regionalen Wirtschaftsbeziehungen anstreben,
  - eine besondere Unterstützung von Unternehmen, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit beitragen und Unternehmen, die von Menschen mit Behinderungen betrieben werden sowie Menschen mit Behinderungen einstellen,
  - die Schaffung weitergehender besucherfreundlicher Konzepte zur Förderung des Tourismus in unserer Region (Straße der Romanik, Heide, Elbeflusseslandschaft und Europaradweg, Altmark, Kulturlandschaft Börde).
  - die Unterstützung der Marketingbemühungen einheimischer Unternehmen.

## 9. Kommunale Demokratie und Bürgerbeteiligung

"Politikverdrossenheit", Unmut und der Glaube, "ja doch nichts bewegen" zu können, kennzeichnen zunehmend das Verhältnis vieler Menschen zur Politik. Dies zeigt deutlich, dass die Forderung nach mehr Demokratie immer wieder neu gestellt werden muss. Politikverdrossenheit darf nicht zu einer den Bestand unseres Gemeinwesens gefährdenden Demokratieverdrossenheit werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb einen Stadtrat, der von den Bürgerinnen und Bürgern deutlich als Ort der Meinungs- und Willensbildung wahrgenommen wird.

**Wir sind für:**

- die Erweiterung aller Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern bei der Lösung kommunaler und gesellschaftlicher Probleme; Bürgerbegehren und -entscheide dürfen nicht behindert oder erschwert werden,
- die Stärkung der Kompetenz und Handlungsfähigkeit der gewählten ehrenamtlichen Vertretungen gegenüber der hauptamtlichen Stadtverwaltung,
- die Einrichtung weiterer Ortschaftsräte für Magdeburger Stadtteile.

**9.1 Beteiligung**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, alle Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger auszuschöpfen, die die Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt zulässt. Wir unterstützen Einwohneranträge, Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide als legitime Mittel der direkten Demokratie.

**Wir sind für:**

- die Anwendung von Bürgerbefragungen bei relevanten und strittigen Entscheidungen der Stadt,
- eine Aufwertung der Arbeit der Arbeitsgruppen für Gemeinwesenarbeit, z.B. durch eine Einbeziehung in die städtischen Entscheidungsprozesse, solange es dort keine Ortschaftsräte gibt,
- die Unterstützung freiwilliger Gemeinwesenarbeit und Selbsthilfeinitiativen sowie einer Vielfalt von alternativen Medien, wie Stadt(teil)zeitungen, lokales Radio und Fernsehen (Offener Kanal) sowie Stadtteil- und Projektplattformen im Internet,
- die Einbeziehung und Würdigung von Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern zu den einzelnen Entscheidungsvorlagen für Stadtrat und Ausschüsse,
- die Weiterverfolgung von Ansätzen zur Einrichtung eines Bürgerhaushaltes,
- eine konsequente Nutzung des Internets, um die Entscheidungsprozesse transparent zu machen und für die Bürger Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rücken vorhandene Möglichkeiten der Mitarbeit als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohnern den beratenden Ausschüssen und die Nutzung des Ausschusses für Bürgerinitiativen und Petitionen stärker in das öffentliche Bewusstsein.

**9.2 Transparenz und Glaubwürdigkeit**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für mehr Durchschaubarkeit und Glaubwürdigkeit im politischen und im Verwaltungshandeln ein. Die Stadtverwaltung muss Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sein.

**Wir sind für:**

- die Verringerung der Anzahl an Hierarchieebenen und die Zusammenlegung von Verwaltungsbereichen und Strukturen,
- eine klare Aufgabenzuordnung bzw. -abgrenzung zwischen Politik und Verwaltung,
- den Erhalt von „Bürgerbüros“ in den Stadtteilen als dezentrale Dienstleistungseinrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger, aber mit einem verbesserten Angebot,
- eine stärkere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei Stadtentwicklungs- und Planungsvorhaben,
- Übertragung der Stadtratssitzungen im Internet/Offener Kanal.

### **9.3 Kommunales Wahlrecht ab 16**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben das kommunale Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr erstritten. Wir wollen, dass Politik für Jugendliche überschaubar und mitgestaltbar erlebt wird. Hierzu haben wir den Jugendstadtrat und das Jugendforum unterstützt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Grüne Jugend treten gemeinsam gezielt dafür ein, an Schulen über die Arbeit in den kommunalen Vertretungen und über politische Abläufe zu informieren und Berührungspunkte abzubauen.

### **9.4 Verwaltungsreform**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine Verwaltung ein, die das Interesse und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zum Leitgedanken hat.

#### **Wir sind für:**

- schnelle, freundliche und lösungsorientierte Verwaltungsleistungen,
- ein Qualitätsmanagementsystem in der Stadtverwaltung, mit dem Schwachstellen in der Arbeit erkannt und beseitigt werden,
- motivierte und qualifizierte Führungskräfte in der Verwaltung, die die vorgenannte Maßnahme als die ihre begreifen und entsprechend handeln; die Besetzung von Beigeordnetenstellen ausschließlich nach dem Parteibuch darf sich nicht wiederholen.

## **10. Konsequenz gegen Rechtsextremismus**

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind in der Gesellschaft erschreckend weit verbreitet und beschränken sich nicht auf rechtsextreme Gruppierungen oder Parteien, wie aktuelle Studien erneut zeigen. Wie aus der am November 2008 veröffentlichten wissenschaftlichen Studie „Bewegung in der Mitte“ hervorgeht, ist Rechtsextremismus keineswegs das Randphänomen, auf das die Begrifflichkeit hindeutet. Vielmehr ist Rechtsextremismus, bezogen auf die Ebene der Einstellungen, ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft.

Sachsen-Anhalt nimmt aktuell den deutschlandweit höchsten Wert ein, was die Zustimmung der Bevölkerung zu ausländerfeindlichen Aussagen sowie die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund betrifft. Die Landeshauptstadt Magdeburg stellt innerhalb unseres Bundeslandes wiederum einen Schwerpunkt rechtsextremer Umtriebe dar. Die NPD, deren Jugendorganisation „JN“ sowie die sogenannten „Freien Nationalisten“ arbeiten in Magdeburg eng zusammen und bilden den Kern des organisierten Rechtsextremismus in Magdeburg.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dem Rechtsextremismus in Magdeburg offensiv entgegen. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen in unserer demokratischen Gesellschaft keinen Raum haben. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die von Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Menschen mit anderer Hautfarbe, Religion oder sexueller Einstellung geprägt ist. Rechtsextremismus und Neonationalismus gegenüber bringen wir Null Toleranz auf.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die treibende Kraft im Stadtrat gegen Rechts. Immer wieder fordern wir mehr Engagement ein und ein offeneres Bekenntnis von Stadtrat und Verwaltung gegen Rechtsextremismus - mit Erfolg. Wir sind ein aktiver Partner im „Bündnis gegen Rechts“ und bekämpfen Rechtsextremismus und seine Ursachen auf zahlreichen Wegen, innerhalb und außerhalb des Stadtrates. Seit 2008 beteiligt sich Magdeburg auf unseren Antrag hin an der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“ und verpflichtet sich damit zum Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die von unserer Fraktion initiierte Verlegung von „Stolpersteinen“, die an die aus Magdeburg deportierten und von den Nazis ermordeten Juden erinnern,



hat sich zu einer zentralen Säule der kommunalen Geschichtsaufarbeitung entwickelt und bezieht dabei gerade junge Menschen mit ein, die sich an der Erforschung jüdischer Schicksale beteiligen.

Aktive Arbeit gegen Rechts erfordert insbesondere im präventiven Bereich eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ hat sich Magdeburg erfolgreich für einen Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus beworben und erhält so für mindestens drei Jahre jährlich 100.000 Euro für Projekte freier Träger gegen Rechts. Dieser Betrag wurde durch einen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nochmals um 15.000 Euro aus der Stadtkasse aufgestockt.

#### Wir sind für:

- eine Null-Toleranz gegenüber Rechtsextremisten und Neonazis,
- die Einrichtung einer Stabsstelle „Beauftragte(r) für Menschenrechte und Demokratie“,
- die konsequente Weiterentwicklung des Lokalen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus,
- die Ausweitung der Schulsozialarbeit,
- spezielle Angebote zur Gewalt- und Konfliktprävention an Schulen,
- die Verbesserung der interkulturellen Kompetenzen aller städtischen Angestellten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MVB,
- die Stärkung und Förderung ehrenamtlichen Engagements gegen Rechtsextremismus durch stärkere öffentliche Anerkennung,
- die verbesserte Abstimmung und noch engere Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt bei Einsätzen gegen Rechtsextremisten,
- ein Maßnahmenpaket gegen den Missbrauch städtischer (Gedenk-) Veranstaltungen durch Rechtsextremisten.

## **11. Kommunale Ordnung und Sicherheit**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reduzieren den Bereich „Kommunale Ordnung und Sicherheit“ nicht auf eine Überwachung von Verboten und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, sondern sehen in einer Stärkung der Zivilgesellschaft und in einem respektvollen Miteinander wichtige Schwerpunkte, um das alltägliche Leben für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sicher und lebenswert zu gestalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Sicherheit ernst. Unser Ziel ist eine Stadt, in der sich alle Menschen zu jeder Tag- und Nachtzeit sicher bewegen können. Jedoch ein pauschales Mehr an Videoüberwachung, wie von anderen Parteien gefordert, lehnen wir ab. Vielmehr ist in jedem Einzelfall abzuwägen, ob durch Videoüberwachung die Verbesserung der Sicherheitslage erwartet werden kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Ausweisung von Alkohol-Verbotzonen im öffentlichen Raum keinen Weg zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs durch immer mehr und immer jüngere Jugendliche. Diese führen lediglich zu Verdrängungseffekten. Erforderlich ist vielmehr ein wirksames Gesamtkonzept zur Alkohol- und Drogenprävention.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen vor dem Hintergrund der Aufgabenerweiterung des Stadtordnungsdienstes den Bedarf einer klaren und rechtlich abgesicherten Festlegung der Kompetenzen sowie die Notwendigkeit einer verbesserten Ausrüstung und der regelmäßigen Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gerade bei der Durchsetzung des neuen Gefahrenhundegesetzes sind die Angestellten des Stadtordnungsdienstes nur unzureichend in der Lage, sich wirkungsvoll abzusichern.

**Wir sind für:**

- die sinnvolle Ausweitung der Beleuchtungszonen im Stadtgebiet (Dunkelzonen = Angstzonen),
- das Einrichten von Notrufsäulen zur schnellen Hilfestellung und zur Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Handeln,
- eine stärkere Präventionsarbeit, unter anderem an Schulen, zum Thema Alkohol- und Drogenmissbrauch,
- eine bessere Qualifizierung und Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Park- & Stadtwacht,
- eine bessere Ausrüstung und Ausbildung des Stadtordnungsdienstes,
- die konsequente Verfolgung und Ahndung bei Verunreinigungen von öffentlichen Flächen mit Hundekot,
- die konsequente Durchsetzung des Gefahrenhundegesetzes.

**12. Bildung**

Unser Ziel für Magdeburg ist ein breites Bildungsangebot auf höchstem Niveau. In der engen Zusammenarbeit von Lehre, Forschung an den Hochschulen und dem Technologietransfer zum produzierenden Gewerbe liegt unsere größte Zukunftschance. Der Stellenwert von Hochschulen steigt in der Wissensgesellschaft und stellt einen bedeutenden Standortfaktor bei der Neuansiedlung von Unternehmen dar.

Die Hochschulen müssen in ihrem Bemühen unterstützt werden, möglichst viele Studierende für Magdeburg zu gewinnen. Akademische Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind eine bedeutende Möglichkeit, junge Menschen nach Magdeburg zu holen oder in Magdeburg zu halten. Die Hochschulen und die Stadt müssen ihre Standortwerbung gut koordinieren. Sinnvoll wäre dabei ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen der Kommunen mit Hochschulstandort im Land zusammen mit den Hochschulen, der Landesregierung und der regionalen Wirtschaft.

Die großen Umbrüche bei den Schulstandorten sind weitgehend erfolgt. Jetzt ist die Stadt in der Pflicht, für attraktive, abwechslungsreiche staatliche Schulangebote Mitverantwortung zu übernehmen. Gute Schulen dürfen nicht zum Privileg der freien Träger werden.

**Wir sind für:**

- ein Vorantreiben der Gebäudesanierungen mit höchster Priorität an den gesicherten Schulstandorten,
- die Unterstützung der staatlichen Schulen bei der Schaffung attraktiver Schulprofile und durch eine gute Lehrmittelausstattung, um gegenüber den Schulen in privater Trägerschaft zu bestehen,
- den langfristigen Erhalt der Schulstandorte als Grundlage für optimale Bildungsbedingungen,
- die Ausweitung einer qualifizierten Schulsozialarbeit,
- die Unterstützung einer Kooperation von Schulen und Wirtschaft,
- die Aufhebung der Schuleinzugsbereiche,
- ein klares Bekenntnis der Landeshauptstadt zum Erhalt des derzeitigen Umfangs der Hochschulen in der Stadt, insbesondere für den Erhalt der Fakultät der Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Universität,
- die Stärkung der Ausstrahlung der Hochschulen in die Stadt, z. B. durch gruppenspezifische Angebote der Universität und der Fachhochschule für die Bürgerinnen und Bürger (Seniorenstudium, Ringvorlesungen, Sprachkurse, etc.),

- eine Verbesserung der Servicequalität der Ausländerbehörde für Studierende und Gastwissenschaftler,
- eine beständige Eingliederung der kulturellen Angebote für Studenten in das Kulturleben unserer Stadt,
- die Förderung museumspädagogischer Angebote,
- die Förderung eines breiten künstlerischen Bildungsangebotes.

## **13. Kultur**

Die Stadt ist eine Bühne, auf der jeder Platz hat. Magdeburg hat eine lebendige Kulturlandschaft, die ihr volles Potenzial noch nicht zur Entfaltung gebracht hat. Die Kommune muss, neben den eigenen Aktivitäten, fördernd und unterstützend tätig sein. Dabei muss zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen und Vorstellungen innerhalb der Bevölkerung ein ausgewogenes Verhältnis herrschen. Die grundlegenden Bausteine unserer gewachsenen Kulturlandschaft, wie Bibliotheken, Stadtteil- und Kulturzentren sowie unser Drei-Sparten-Theater als Angebot für die Region müssen auf Dauer gesichert, für kommende Generationen bewahrt und für jedermann zugänglich sein.

### **13.1 Kulturstadt Magdeburg**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, den Kulturetats zu erhöhen. Damit soll eine vielfältige, kleinteilige kulturelle Szene unterstützt werden, die den inspirierenden Kern jeder Großstadt ausmacht.

#### **Wir sind für:**

- die Weiterentwicklung der Magdeburger Kulturlandschaft,
- die Förderung Freier Träger, Zentren und Vereine (z. B. ARTist e.V./Moritzhof, Forum Gestaltung e.V., Kultur-Anker e.V., KulturSzene Magdeburg e.V., PAKK e.V., Literaturhaus Magdeburg e.V., KanTe e.V., Fraueninitiative Magdeburg e.V./Frauenzentrum Courage, Offener Kanal e.V., Technikmuseum),
- die Ausweitung der Öffnungszeiten der Magdeburger Museen,
- die Einrichtung eines Telemann-Museums im Gesellschaftshaus,
- die regelmäßige Durchführung von schwerpunktmäßigen Veranstaltungen und Ausstellungen von überregionaler Bedeutung, nach dem Beispiel der „Ottionen-Ausstellung“ und der Ausstellung „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“,
- die Verbesserung der Existenzbedingungen und der Atmosphäre für freischaffende Künstler (Wettbewerbe, Kunst im öffentlichen Raum, Kunstmärkte),
- die Unterstützung von Programmkinos und dauerhafte Förderung des Kino-Sommers,
- eine monatliche 17-Uhr-Vorstellung einschließlich Kinderbetreuungsangebot im Theater Magdeburg,
- den Ausbau des kulturellen Austausches im Rahmen der Städtepartnerschaften und Schaffung von Orten zur Begegnung unterschiedlicher Kulturen,
- eine angemessene Präsentation der bedeutenden Magdeburger Kunstsammlungen, die seit Jahrzehnten in Magazinen eingelagert sind, anstatt der Bildung und Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt zu dienen und das Image Magdeburgs zusätzlich zu den großen Sonderausstellungen zu fördern.

### **13.2 Stadtteilkultur**

Neben einer auch in kultureller Hinsicht belebten Innenstadt, gehört für uns die Bewahrung verschiedener Stadtteilkulturen zu den erstrebenswerten Zielen. Ein „Kiez“-Gefühl steigert die Lebensqualität, regt zu eigenem Engagement an und trägt zur Belebung von Stadtteilen bei.

#### **Wir sind für:**

- die Förderung von quartierbezogenen Sozial- und Kulturtreffs (z.B. Stadtteilbibliotheken, Bibliotheken und Mehrgenerationen-Häuser),
- die Initiierung und Förderung von Stadtteil- und Straßenfesten, Hofspektakeln, Kleinkunst- und Musikveranstaltungen, Kunst- und Trödelmärkten,
- die unbürokratische Erteilung von Sondernutzungsgenehmigungen für Künstler,
- Förderung von vielfältigen Freizeiteinrichtungen (z. B. Öffnung von Turnhallen und Schulräumen für Kultur- und Freizeitveranstaltungen).

### **13.3 Baukultur**

Die Bebauung unserer Stadt muss den Aspekten von Tradition und Moderne gleichermaßen Rechnung tragen. Die Vorstellung einer möglichst kleinteiligen Innenstadt mit städtebaulich entsprechend anspruchsvoller Bebauung und kurzen Fußwegen bleibt unser Ziel. Der Ausbau des „Allee-Centers“ (Keller), die Errichtung der Parkpalette gegenüber dem Kloster Unser Lieben Frauen und des Parkhauses an der Elbe-Promenade sind negative Beispiele für die verfehlte Stadtplanung der letzten Jahre. Wir wollen keine „Center-City“, in der die Einkaufs- und Flaniermeilen in künstliche Räume wie das „Allee-Center“ verlegt werden. Auch die teils groteske Debatte um moderne Kunst im öffentlichen Raum hat nicht zum gesteigerten Ansehen unserer Stadt beigetragen.

#### **Wir sind für:**

- den grundsätzlichen Erhalt historischer Bauten und Siedlungen,
- konkrete Maßnahmen zur Rettung wertvoller historischer Bausubstanz, wie dem Kristallpalast, dem Salbker Wasserturm oder dem Haus des Handwerks,
- die Errichtung des Kunstwerks „Points of view“ von Tony Cragg auf dem Universitätsplatz,
- den Verzicht auf weitere Parkhäuser und –paletten,
- die Förderung kleinteiliger Bebauung im Interesse eines lebendigen Bürgerlebens,
- die Förderung von Kunst im öffentlichen Raum (1-2 Prozent der Bausumme).

### **13.4 Jugendkultur**

Junge Menschen haben ihre eigenen Projekte, Initiativen, Subkulturen und Trends. Mit ihnen bereichern sie die Großstadt um spontane und neue Aspekte. Um ihre eigenen Vorstellungen, Lebensträume und Identitäten entwickeln zu können, brauchen ihre Ideen Förderung und Unterstützung. Die Versuche rechtsextremer Gruppen, über „Freizeitangebote“ für Jugendliche ideologischen Einfluss auf diese zu gewinnen, müssen von der Kommune konsequent unterbunden werden. Dazu gehört es auch, selbst ausreichend Angebote in allen Stadtteilen zu unterhalten und zu fördern.

#### **Wir sind für:**

- die Unterstützung einer Vielzahl kleiner Jugendfreizeiteinrichtungen (selbstverwaltete und selbstgestaltete Projekte, wie z.B. das Kulturhaus Olvenstedt),
- die Nutzung leerstehender Industriegebäude und anderer alternativer Orte für kulturelle Jugendarbeit,

- die Förderung von alternativen Wohnprojekten,
- die Unterstützung von freien Theatergruppen und Musikgruppen,
- die Erweiterung der Betreuung Jugendlicher durch Streetworker.

### **13.5 Medienstadt Magdeburg**

Wir setzen uns für den Aufbau eines freien Bürgernetzes (WLAN) ein. Dabei sollen sowohl die Möglichkeiten der Stadt sowie der bereits bestehenden Angebote genutzt werden. Jeder - egal ob Einwohner oder Tourist - soll somit unkompliziert auf das Internet zugreifen können.

Der Zugang zum Internet bekommt in unserer Gesellschaft eine zunehmend größere Bedeutung. Deshalb müssen alle Magdeburger die Möglichkeit haben, eine schnelle Internetverbindung nutzen zu können. Die Stadt ist aufgefordert, dies bei den Anbietern einzufordern und diese Bemühungen zu unterstützen.

#### **Wir sind für:**


- E-Mail-Adressen für Magdeburger Einwohner mit der Domäne magdeburg.de,
- attraktive Internetseiten als eine optimale Informationsquelle für Bürger und Touristen,
- die Nutzung des Internets für eine bessere Kommunikation zwischen Bürgern und Stadtverwaltung,
- die Verstärkung der Dienstleistungsorientierung und damit Verbesserung des Services für Bürger und Unternehmen durch gezielte Nutzung der Informationstechnik.

### **14. Tierschutz**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für das harmonische Zusammenleben von Mensch und Tier ein. Die Rechte der Tiere haben für uns einen hohen Stellenwert. Haustiere haben Anspruch auf artgerechte Haltung und Pflege. Bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz fordern wir konsequentes Einschreiten und die Bestrafung der Täterinnen und Täter. Kernpunkt der bündnisgrüne Tierschutzpolitik in Magdeburg ist und bleibt die Forderung nach einem angemessenen Tierheim.

#### **Wir sind für:**

- den Neubau eines modernen Tierheims,
- ein konsequentes, niedrigschwelliges Einschreiten des Ordnungsamtes bei Tierquälerei,
- ein generelles Verbot der Tötungen von Wirbeltieren im Rahmen von Art-Erhaltungsprogrammen im Magdeburger Zoo,
- die Förderung des Tierschutzgedankens in den städtepartnerschaftlichen Beziehungen,
- den Erhalt der Tierrettung,
- eine ausreichende Bereitstellung von Hundenauslaufwiesen,
- die Verwendung von Produkten aus artgerechter Tierhaltung in den Küchen der kommunalen Einrichtungen,
- eine zweijährige Befreiung von der Hundesteuer, wenn Privatpersonen Hunde aus dem Tierheim aufnehmen,
- Sterilisationsprogramme für streunende Tiere.



Umschlaggestaltung: Sören Herbst  
Foto: Wolf Brünig

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Kreisverband Magdeburg**  
**Otto-von-Guericke-Straße 42a**  
**39104 Magdeburg**  
**T: 0 391-4 01 55 10**  
**F: 0 1805-2 33 63 34 01 55**

**[WWW.GRUENE-MAGDEBURG.DE](http://WWW.GRUENE-MAGDEBURG.DE)**